

Tabelle 4

## Synopsis der Checks and balances

Kontrolle durch/über:	Fürst	Volk	Landtag	Regierung	Justiz	Intermediäre Mächte
Fürst	Hausgesetze Familienversammlungen	Notrechtskompetenz	Einberufung Schliessung Vertragung Auflösung Gesetzessanktion Initiativrecht Verfügt mit LT über Landeskasse Vertheidigung Notrechtskompetenz	Ernennung Entlassungsmöglichkeit Berichterstattungspflicht Vertheidigung Anweisungen Erlass- und Verordnungsrecht Beamtenernennung	Ernennung, resp. Bestätigung Begnadigung Milderung Niederschlagung Rechtsprechung im Namen des Fürsten	
Volk		Minderheitenschutz	Wahl Einberufung Auflösung Petition Referendum Initiative Öffentliche Meinung	Öffentliche Meinung Faktische Regierungschefwahl Rechtsmittel gegen Verfügungen und Verordnungen		Demokratisch organisierte Parteien
Landtag	Beteiligung an Staatsverträgen Antrag auf Begnadigung und Strafmilderung bei RR Verfügt mit Fürst über Landeskasse	Dringlichkeitsklausel	Zweiparteiensystem Quorum Geschäftsordnung	Informale Kontrolle Petition Anfrage Interpellation Postulat Motion Initiativrecht Finanzaufsicht Prüfung des Rechenschaftsberichts Zustimmung zu Staatsverträgen Amtsenthebungsantrag Ministeranklage Einsetzung von Kommissionen Zustimmung zu neuen Beamtenstellen Vorschlag zur Ernennung Vorstellung und Beschwerde Genehmigung gewisser Verordnungen	Mitsprache bei Richterernennungen, resp. Wahl	Integration der Fraktion in die Partei Zusammenarbeit zwischen Fraktion und Zeitung
Regierung	Gegenzeichnung Mitwirkung bei der Aussenpolitik		Gegenzeichnung Schwergewicht in der Rechtsetzung Faktisches Informationsmonopol Infrastruktur/Verwaltung	Koalition Kollegialität Minderheitenschutz Vollzugsaussetzung Gegenzeichnung bei Ernennung von RR Geschäftsordnung		Integration der Regierungsfraktion in die Partei Information
Justiz		Prüfung der Verfassungsmässigkeit von Initiativen Entscheid über Wahlbeschwerden	Prüfung der Verfassungsmässigkeit der Gesetze Auslegung der LV	Verwaltungs- und verfassungsgerichtliche Kontrollen Entscheid bei Vollzugsaussetzungen Auslegung der LV Disziplinargericht Ministeranklagegericht	Kollegialität Rechtsschutz	Schutz verfassungsmässiger Rechte
Intermed. Mächte	Kritische Berichterstattung durch den «Maulwurf»	Partei: Ausschaltung der Auswahlmöglichkeit des Volkes bei LT-Wahlen durch die Vorselektion der Kandidaten und die geringe Kandidatenzahl Presse: Informationsbipol in innenpolitischen Dingen	Partei: Selektion der LT-Kandidaten Repräsentationsanspruch Richtliniengebung Fraktionsdisziplin Abberufung Verbände: Ausschaltung durch neokorporatistische Verfahren Presse: Kontrolle gegenüber dem Gegner; Unterstützung der eigenen Abg.	Partei: Bestimmung der RR-Kandidaten Richtlinienggebung Integration der RR in die Parteipräsidien Verbände: Direkte Kontakte Vernehmlassungen Mitgliedschaft in Kommissionen Freistellen von Mitarbeitern in nebenamtliche Regierungsämter Presse: Kontrolle gegenüber der gegnerischen Regierungsfraktion	Partei: Kandidatenselektion Presse: Gelegentlich kritische Stellungnahmen, besonders im «Maulwurf»	Innerparteiliche Demokratie Zweiparteiensystem Pluralismus Medien-Bipol